

Die Energiewende ist in einem globalen Politikprozess eingebettet

Der deutsche Energiemarkt hat sich nicht erst seit der im Jahr 2011 ausgerufenen Energiewende verändert, auch wenn das Unglück von Fukushima zu einem Umdenken in der Energiepolitik und zu einem einschneidenden Transformationsprozess geführt hat.

Bereits 1991 wurde in Deutschland mit dem Stromeinspeisegesetz erstmals ein Markt für Ökostrom – hier für Wasserkraft – eingeführt, das neun Jahre darauf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erweitert wurde. Die Europäische Union folgte mit der Liberalisierung des Energiemarktes, der Einführung des europäischen Emissionshandels und den Energie- und Klimazielen von 2009. Diese wurden sechs Jahre darauf im Rahmen der EU-Energiereform verschärft. Danach sollen bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 40 Prozent verringert, der Anteil der Erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf mindestens 27 Prozent und die Energieeffizienz um 27 Prozent gesteigert werden. Auch die Vereinten Nationen begannen seit den 1990er Jahre ihre internationale Klimaprozesse (Rio, Kyoto, Kopenhagen, Paris), um zu völkerrechtlich bindenden Vereinbarungen zur Begrenzung der Erderwärmung zu gelangen.

Die Energiewende ist somit nicht nur ein deutsches Projekt, sondern muss im Kontext eines internationalen Politikprozesses gesehen werden. Gerade die Beschlüsse auf dem Pariser Weltklimagipfel Ende 2015 brachten die globale Energiewende auf den Weg.

Anders als in den meisten EU-Staaten soll die Energiewende in Deutschland dazu beitragen, dass die Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 vier Fünftel des Energiebedarfs abdecken. Denn diese sollen bis 2022 die Atomenergie und danach schrittweise die fossilen Energieträger ersetzen. Die Energiewende greift somit in alle Teilbereiche des Energiemarktes ein, nämlich in die Energieerzeugung, die Versorgungsstruktur – insbesondere über den Netzausbau – und den Energiebedarf. Der Umbau des Energieversorgungssystems ist daher komplex, zumal er von einer zentralen hin zu einer dezentralen Erzeugung führt.

In der ersten Phase – die als „Energiewende 1.0“ bezeichnet werden kann – ging es vorrangig um den Auf- und Ausbau der Erneuerbaren Energien und dessen Übertragungs- und Verteilnetz, aber auch um die Senkung des Energieverbrauchs. Damit sollte einerseits die Versorgungssicherheit gewahrt und andererseits die Umweltverträglichkeit erhöht werden. Zudem sollten die Stromkosten für den Endverbraucher bezahlbar bleiben. Die Herausforderungen der Energiewende 1.0 waren sehr ambitioniert.

Dennoch konnten erste Erfolge verzeichnet werden. U.a. wurde die Zielvorgabe beim Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von mindestens 30 Prozent für das Jahr 2020 bereits im Jahr 2015 übererfüllt. Auch der Anteil im Bereich Wärme lag mit 13 Prozent im Jahr 2015 nur knapp unter der Zielvorgabe für 2020. Da der Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bereits auf 13,5 Prozent gesteigert werden konnte, scheint die Zielmarke für das Jahr 2020 von mindestens 18 Prozent erreichbar. Doch bei der Senkung des Energieverbrauchs sowie der Steigerung der Energieeffizienz können die Zielvorgaben derzeit nicht erfüllt werden, da die Einflussfaktoren des Primärenergieverbrauchs nicht steuerbar sind. So haben die Witterung oder die Bevölkerungszunahme in Folge der Flüchtlingskrise große Auswirkungen auf den Verbrauch. Auch stiegen die Strompreise bis 2014 deutlich an, auch wenn sie sich seit dieser Zeit relativ stabil halten. Mit 29 Cent pro Kilowattstunde zahlen die privaten Haushalte in Deutschland die zweithöchsten Stromkosten in ganz Europa. Nur in Dänemark ist Strom noch teurer. Grund ist die EEG-Umlage, die von den Versorgungsunternehmen an die Übertragungsnetzbetreiber zu entrichten ist. Sie macht etwa ein Fünftel des Strompreises aus! Die hohen Energiekosten treffen auch

die deutschen Unternehmen, die dadurch Wettbewerbsnachteile haben. Um die Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel zu setzen, müssen daher die Energiekosten gesenkt werden. Da noch nicht alle Ziele der „Energiewende 1.0“ umgesetzt wurden, bedarf es weiterer Anstrengungen. Die zweite Phase der Energiewende ist bereits eingeläutet und soll die Erneuerbaren Energien in das bestehende Energieversorgungssystem vollständig integrieren. Sie wird zu einem fundamentalen Wandel der Branche führen und voraussichtlich bis 2020 Investitionen von bis zu 230 Milliarden Euro erfordern.

Die „Energiewende 2.0“ führt somit zu großen strategischen Herausforderungen nicht nur bei Unternehmen aus allen Industriesektoren sondern speziell bei den Energieversorgern, da deren bisherige Geschäftsmodelle zur Disposition stehen. Denn die Energieversorgungsunternehmen sind nicht mehr von der EEG-Umlage befreit und müssen den Strom aus den Erneuerbaren-Energie-Anlagen direkt vermarkten. Die Preisbildung auf dem Strommarkt wird damit volatiler. Hinzu kommt, dass die vorhandenen, effizienten Kraftwerke der Energieversorger — infolge von Einspeisevorrang und -vergütung sowie dem niedrigen CO₂-Emissionszertifikatspreis und dem Merit-Order-Effekt bei der Stromerzeugung – nicht mehr kostendeckend betrieben werden können. Insbesondere Stadtwerke haben aber nicht nur in Erneuerbare Energien, sondern auch Milliarden in hocheffiziente konventionelle Kraftwerke investiert. Aus ihrer Sicht ist daher eine Anpassung des Energiemarktdesigns notwendig. Denn nur die effizientesten Erzeugungstechnologien sollten am stärksten gefördert werden, damit konventionelle Gas- und Dampfkraftwerke wieder rentabel Strom produzieren können.

Die Energiebranche ist im Umbruch begriffen, zumal auf sie – ebenso wie für die Verbraucher – viele Veränderungen und Trends zukommen:

Passten früher zentrale konventionelle Gas- und Kohlekraftwerken den Umfang der Energieerzeugung am jeweiligen Verbrauch an, haben sich die Erzeugungsstrukturen des Energiesystems durch die Energiewende radikal verändert. Das Energiesystem ist aufgrund der vielen kleinen Erzeugungsmodule dezentraler geworden. Es stellt dadurch höhere Anforderungen an die Infrastruktur und die Steuerung von Energieangebot und -nachfrage. Eine verbrauchsorientierte Erzeugung ist derzeit nicht möglich, zumal der Netzausbau in Deutschland nur schleppend vorankommt. Auch die beschlossene europäische Netzintegration, beispielsweise durch den Kapazitätszubau bei den Interkonnektoren, verzögert sich.

Um das dezentrale Energieversorgungssystem effizienter und flexibler zu gestalten, gewinnen daher neue Speichertechnologien und auch die Digitalisierung zunehmend an Bedeutung. Die Frage der Versorgungssicherheit im Sinne des Netzausbaus ist besonders von der Entwicklung marktreifer Speichertechnologien abhängig. Damit würden die Auswirkungen der Volatilität der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien auf Preise und Netze gemindert, die heute eine große Herausforderung darstellen.

Aber auch die Digitalisierung wird neue Schnittstellen zur Flexibilisierung des Energiemarktes mit sich bringen – insbesondere auf der Nachfrageseite. Denn die Fragen nach der sinnvollen Datennutzung und dem Datenschutz sind noch nicht beantwortet. Dennoch überwiegen die Vorteile der Digitalisierung, da sich dadurch der Energiebedarf, die Erzeugung und die dezentralen Träger der Erneuerbaren Energien effizienter synchronisieren lassen. Der digitalen Transformation der Netzinfrastruktur durch Aufrüstung von intelligenten Messgeräten und Sensoren kommt somit einer zentralen Bedeutung zu.

Private Haushalte können durch die Verwendung „smarter Technologien“ – wie intelligente Thermostate und Leuchtmittel – den Energieverbrauch bis zu zehn Prozent senken. Damit die Verbraucher diese Technologien einsetzen, bedarf es aber auch Anreize wie günstige und flexible Stromtarife. Leider wird die weitere Reduzierung der CO₂-Emissionen die Einsparung voraussichtlich wieder rückgängig machen. Denn durch die Sektorkopplung werden die wachsenden Strommen- gen künftig auch in den anderen Bereichen des Energiemarktes, insbesondere des Mobilitäts- und dem Wärmemarktes (u.a. Elektroauto, Heizungen), eine größere Rolle spielen und könnten dort die Nachfrage erhöhen. Ist die Energiereduzierung bei Privathaushalten limitiert, besteht aber bei energieintensiven Unternehmen ein hohes Energieeinsparpotential.

Letztlich erfordert die Energiewende große Investitionen. Diese sind nur möglich, wenn ein stabiles Investitionsumfeld mit verlässlichen politischen Rahmenbedingungen, wie langfristiger Planungssicherheit, Vertrauensschutz und koordiniertem Netzausbau geschaffen wird. Der Fokus der Energiewende darf sich daher nicht nur auf die Erneuerbaren Energien konzentrieren, denn auch die konventionelle Energieerzeugung wird wenigstens als Übergangstechnologie noch notwendig bleiben, um die Stabilität des Netzes und die Versorgungssicherheit zu garantieren. Aus diesem Grund müssen der Ausbau der Erneuerbaren Energien und speziell dessen Systemintegration mit Augenmaß geschehen, damit Strom weiterhin sicher und bezahlbar bleibt.

Die Commerzbank wird sich auch künftig als strategischer Partner der Energiewende beteiligen und den Energieversorgern – wie den regionalen Stadtwerken – als verlässlicher und leistungsstarker Partner zur Seite stehen.

Jochen Ihler, Bereichsvorstand Firmenkunden Region Mitte und Leiter Kompetenzzentrum Öffentlicher Sektor der Commerzbank AG, Frankfurt/Main